



## **N i e d e r s c h r i f t**

**über die 16. Sitzung des Bau-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und  
Landwirtschaftsausschuss**

**am 02.06.2026**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366  
Köthen (Anhalt)**

Beginn der Sitzung: 18:13 Uhr  
Ende der Sitzung: 20:52 Uhr

### **Tagesordnung**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.04.2026
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Probleme mit dem Anbieter REMONDIS - allgemeiner Sachstandsbericht
- 8 Berufsschulzentrum Bitterfeld, Umnutzung der ehemaligen Solarthermie-Fassade zur PV-Fläche für Ladesäuleninfrastruktur, Fassadenbegrünung
- 9 Stand und Umsetzung erneuerbare Energien, Referentin: Frau Ende
- 10 Die Johanniter-Unfall-Hilfe hat den bodengebundenen Rettungsdienst vom Deutschen Roten Kreuz übernommen
- 11 Sachstand zum baulichen Zustand der Turnhallen
- 12 Probleme Gemeinschaftsschule Muldenstein
- 13 Vorstellung der neuen Klimaschutzmanagerin und kurzer Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen im Klimaschutzkonzept
- 14 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 15 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 15.1 Neufassung der Allgemeinen Vorschrift und Zustimmung zur Kooperationsvereinbarung für den eigenwirtschaftlich ausgestalteten öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) BV/0247/2026
- 15.2 Nahverkehrsplan Landkreis Anhalt-Bitterfeld 2026 - 2036 BV/0251/2026
- 15.3 Zuwendungen zur Sanierung und Instandsetzung von Kulturdenkmälen IV/0022/2026
- 16 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

## **Öffentlicher Teil**

### **Punkt 1. Eröffnung der Sitzung**

Der stellvertretende Vorsitzende, **Herr Tischmeier**, eröffnete um 18:13 Uhr die 16. Sitzung des Bau-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschusses und begrüßte die Anwesenden.

### **Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit**

**Der stellvertretende Vorsitzende** stellte die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung fest. Es wurden keine Einwände gegen die Einladung erhoben. Anschließend stellte der stellvertretende Vorsitzende die Beratungsfähigkeit mit fünf anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

### **Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Der stellvertretende Vorsitzende teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 9 entfalle, da die vorgesehene Referentin kurzfristig abgesagt habe. Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen bestätigt.

### **Punkt 4. Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend, daher kann der Tagesordnungspunkt geschlossen werden.

### **Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.04.2026**

Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.04.2026 wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen bestätigt.

### **Punkt 6. Informationen der Verwaltung**

**Herr Ellwert** informierte darüber, dass ein neuer Onlinedienst zur Beantragung von Altlastenkünften über die Homepage des Landkreises aktiviert worden sei. Dieser diene als Schnittstelle zum Bürger- und Unternehmensservice (BUS) Sachsen-Anhalt und werde insbesondere bei Bauvorhaben und Grundstücksgeschäften benötigt. Die Freischaltung werde zusätzlich über eine Pressemitteilung sowie im Mitteilungsblatt bekannt gegeben.

## **Punkt 7. Probleme mit dem Anbieter REMONDIS - allgemeiner Sachstandsbericht**

**Herr Ellwert** berichtete über den aktuellen Sachstand bezüglich der Entsorgung der Leichtverpackungen (Gelbe Säcke/Gelbe Tonne) im Landkreis durch die Firma REMONDIS. Er führte aus, dass es insbesondere zu Jahresbeginn und im weiteren Verlauf zu erheblichen Minderleistungen des Unternehmens gekommen sei. Verschiedene Ortsteile und Straßenzüge, hauptsächlich im Altkreis Köthen (südlich der Stadt Köthen, Aken), seien nicht abgefahren worden.

Zwischen dem 20. März und Anfang April habe der Landkreis circa 90 direkte Beschwerden verzeichnet. Aufgrund der sich zuspitzenden Situation sei der Landkreis massiv auf das Unternehmen zugegangen. Es habe ein Schreiben des Landrats vom 15. April gegeben, welches am 20. April von REMONDIS beantwortet worden sei. Zudem seien die Dualen Systeme, die Konzernleitung sowie das Landesverwaltungsamt in Halle eingeschaltet worden, um entsprechenden Druck aufzubauen. Am 30. April habe zudem ein Pressegespräch stattgefunden. **Herr Ellwert** teilte weiter mit, dass für den 17. Juni eine Beratung zwischen dem Landkreis, dem Landrat, der Leitungsebene von REMONDIS sowie den Vertretern der Dualen Systeme angesetzt sei. Ziel sei es zu klären, wie der weitere Verlauf des noch bis 2028 geltenden Vertrages ohne derartige Minderleistungen sichergestellt werden könne. Das Einschreiten des Landrats habe bereits Wirkung gezeigt: Seit dem 23. April lägen nahezu keine Beschwerden mehr vor. Ein kurzfristiger Ausfall in der Stadt Zerbst am 22. Mai sei vom Unternehmen öffentlich kommuniziert und die Räumung am Folgetag ordnungsgemäß nachgeholt worden.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss zur zukünftigen Ausgabe der Gelben Säcke erklärte **Herr Ellwert**, dass dies Teil der kommenden Gespräche für das Jahr 2027 sein werde. Aktuell gebe es zwölf Verteilstellen im Landkreis. Es wird darauf hingewirkt, dass das Unternehmen weitere Verteilstellen einrichtet oder die Haustürverteilung wieder aktiviert. Das werden die weiteren Gespräche zeigen.

**Herr Tischmeier** bestätigte abschließend aus eigener Erfahrung, dass sich die Entsorgungssituation im Bereich Zerbst nach anfänglichen Schwierigkeiten merklich gebessert habe.

## **Punkt 8. Berufsschulzentrum Bitterfeld, Umnutzung der ehemaligen Solarthermie-Fassade zur PV-Fläche für Ladesäuleninfrastruktur, Fassadenbegrünung**

**Herr Jirsch** stellte die Ausgangslage und erste Konzepte zur Umnutzung der ehemaligen Solarthermie-Fassade am Berufsschulzentrum in Bitterfeld vor. Vor einem Rückbau müsse zunächst ein Schadstoffgutachten erstellt werden. Als neues Konzept wurde eine Zweiteilung der Fassade präsentiert: Im oberen Teil sei eine neue PV-Anlage zur Deckung des Gebäudeenergiebedarfs und zur Speisung von zwei neuen Ladesäulen vorgesehen, im unteren Teil eine Fassadenbegrünung. Für die untere Fläche sei zudem eine Kooperation mit der Hochschule Anhalt zu Forschungszwecken im Gespräch. Die grob geschätzten Gesamtkosten beliefen sich auf rund 700.000 Euro.

**Herr Wolkenhaar** äußerte Bedenken hinsichtlich der hohen Kosten angesichts der angespannten Haushaltslage des Landkreises. Es wurde hinterfragt, ob eine Installation der PV-Module auf dem Dach nicht deutlich kostengünstiger und effizienter sei, anstatt die teure Fassadenlösung zu verfolgen.

**Frau Moritz** wies darauf hin, dass in der Gesamtsumme bereits die zwingend zu errichtende Ladesäuleninfrastruktur samt Verkabelung und Tiefbauarbeiten enthalten sei. Zudem verfolge die Verwaltung entsprechende Fördermittelprogramme, die eine Förderung von bis zu 90 Prozent in Aussicht stellten. Der Rückbau der Anlage müsse in jedem Fall erfolgen, jedoch in enger Abstimmung mit dem damaligen Architekturbüro, da es sich um Baukunst handele.

**Herr Wolkenhaar** hat eine Nachfrage zu den erwähnten Schadstoffgutachten in dem rund 25 Jahre alten Gebäude. Dazu erklärte **Frau Moritz**, dass der Verdacht auf künstliche Mineralfasern (KMF) in der Dämmung bestehe. Diese seien lungengängig und potenziell krebserregend, weshalb ein professionelles Schadstoffgutachten sowie ein detailliertes Rückbaukonzept zwingend erforderlich seien. **Herr Wallwitz** erkundigt sich nach den genauen Kosten für den Rückbau. Die genauen Kosten für den reinen Rückbau konnten von **Herrn Jirsch** noch nicht beziffert werden, da entsprechende Firmenangebote zur fachgerechten Trennung der Materialien (insbesondere Holz und Faserrückstände) noch ausstünden.

#### **Punkt 9.      Stand und Umsetzung erneuerbare Energien, Referentin: Frau Ende**

Der **stellvertretende Vorsitzende** teilte mit, dass dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da die Referentin kurzfristig abgesagt habe. Daher kann der Tagesordnungspunkt geschlossen werden.

#### **Punkt 10.      Die Johanniter-Unfall-Hilfe hat den bodengebundenen Rettungsdienst vom Deutschen Roten Kreuz übernommen**

**Herr Wallwitz** erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Ausstattung des Rettungsdienstes mit Tablets. Diese sollten vertragsgemäß vom Land Sachsen-Anhalt bereitgestellt werden, seien jedoch bei der Johanniter-Unfall-Hilfe in Zerbst noch nicht eingetroffen. Zudem wurde auf anfängliche Verzögerungen bei der Bereitstellung von Rettungskleidung sowie auf bauliche Mängel an den Fahrzeughallen hingewiesen. So seien die Garagen im Winter aufgrund der verbauten Rolll Tore bei Offenstand sehr kalt. Es wurde angeregt, hierzu einen Vor-Ort-Termin mit Herrn Donath zu vereinbaren, um Abhilfe zu schaffen.

**Herr Wolkenhaar** merkte an, dass die Thematik der Tablets bereits im Finanzausschuss angesprochen worden sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass Feuerwehr und Rettungsdienst aufgrund unterschiedlicher Abrechnungssoftware voraussichtlich nicht dieselben Endgeräte nutzen würden. Die Verwaltung wurde gebeten, die offenen Fragen mitzunehmen und zu klären.

Bezugnehmend auf die vorliegende Informationsvorlage wurde zudem um Erläuterung der Formulierung gebeten, wonach sich die Arbeitsqualität im Vergleich zum alten Konzessionär nicht wesentlich geändert habe. Es wurde daran erinnert, dass es beim DRK in der Vergangenheit gravierende Vorfälle (u. a. Alkoholfahrten, Unfallflucht und personalrechtliche Konsequenzen) gegeben habe. Es wurde die Erwartung geäußert, dass die Qualität nun positiv zu bewerten sei, da bislang keine negativen Vorkommnisse mit den Johannitern bekannt geworden seien. Aus der persönlichen Erfahrung im Feuerwehrdienst könne die Zusammenarbeit mit den neuen Kollegen vor Ort als durchweg positiv bewertet werden.

Abschließend wurde thematisiert, dass die Beschaffung neuer Fahrzeuge durch die Johanniter-Unfall-Hilfe notwendig geworden sei, da das DRK die bisherigen Fahrzeuge nicht veräußert habe. Die neu bestellten Fahrzeuge würden nun nach und nach übernommen, wodurch sich die Situation stetig verbessere.

#### **Punkt 11.      Sachstand zum baulichen Zustand der Turnhallen**

**Frau Moritz** stellte die Prioritätenliste zur Sanierung der Turnhallen im Landkreis vor. Diese basiere auf einer technischen Bestandsaufnahme, bei der die Hallen anhand eines Ampelsystems bewertet worden seien. Kriterien für die Einstufung seien unter anderem die Erfüllung von Mindestmaßen, der Brandschutz, die Funktionalität der raumluftechnischen Anlagen sowie das Vorhandensein einer Außensportanlage. In die höchste Prioritätsstufe (rot) seien das Ludwigsgym-

nasium (alte Halle in Köthen), die Turnhalle der Sekundarschule an der Rüsternbreite, die Turnhalle Roitzsch, die Sporthalle der Sekundarschule Wolfen-Nord, die Mehrzweckhalle der Förderschule an der Kastanie in Bitterfeld, die Brauereiturnhalle sowie die Sporthalle des Francisceums in Zerbst eingestuft worden.

Für die Turnhalle Roitzsch liege mittlerweile ein Fördermittelbescheid vor, sodass die Planungen für eine Gesamtanierung mit einem Volumen von 5 Millionen Euro anlaufen könnten. Weitere priorisierte Maßnahmen umfassten die Gesamtanierung des Sportplatzes Wolfen-Nord für 1,8 Millionen Euro sowie diverse Instandsetzungen von Sanitäranlagen und Dächern an anderen Standorten.

Auf Nachfrage zu den Gesamtkosten des Sanierungsstaus und der Situation am Francisceum in Zerbst erklärte **Frau Moritz**, dass am Francisceum Probleme mit der Dachhaut und Legionellen bestünden, welche noch im laufenden Jahr angegangen würden. Eine Komplettanierung sei für die meisten Hallen jedoch nicht vorgesehen; stattdessen erfolge die Abarbeitung nach Dringlichkeit im Rahmen des jährlichen Bauunterhalts.

**Herr Büße** äußerte sich kritisch zu den veranschlagten Kosten von 1,8 Millionen Euro für die Außensportanlage in Wolfen-Nord, da diese witterungsbedingt nur eingeschränkt nutzbar sei. Er regte an, die Mittel stattdessen in die Sanierung größerer Turnhallen zu investieren, um die Kernsubstanz auf Dauer zu erhalten. **Frau Moritz** entgegnete, dass es sich bei der Einrichtung in Wolfen-Nord um eine Brennpunktschule mit wachsenden Schülerzahlen handle. Eine angemessene Sportanlage sei dort dringend erforderlich, weshalb die Investition gerechtfertigt sei.

**Herr Büße** erkundigte sich nach dem Ziel der Gesamtanierung der Turnhalle Krondorf und fragte, ob diese auch für den Wettkampfsport ausgelegt werde. **Frau Moritz** erläuterte dazu, dass die Halle in erster Linie für den Schulsport sowie den Vereinssport vorgesehen sei. Eine Ausrichtung auf den Spitzen-Volleyballsport sei nicht mehr geplant. Es werde jedoch ein Beleuchtungskonzept erarbeitet, das dem Vereins- und Schulsport sowie einer Nutzung als Veranstaltungsstätte vollumfänglich gerecht werde.

## **Punkt 12. Probleme Gemeinschaftsschule Muldenstein**

**Frau Moritz** führte in den Tagesordnungspunkt ein und erklärte, dass die benannten Probleme an der Gemeinschaftsschule Muldenstein in erster Linie auf das Verhalten der Schülerschaft (Vandalismus) zurückzuführen seien. Dies stelle den Bauunterhalt vor Herausforderungen, weshalb als Gegenmaßnahme nun unter anderem ein Schließsystem an den Toilettentüren geplant werde.

Darüber hinaus gab **Frau Moritz** einen Überblick über die im laufenden Jahr bereits beauftragten sowie noch geplanten Instandsetzungs- und Investitionsmaßnahmen am Schulstandort:

- Instandsetzung einer Außentreppe, deren Belag sich löse (bereits beauftragt).
- Errichtung der noch fehlenden straßenseitigen Umzäunung (bereits beauftragt).
- Reparatur eines defekten Schiebetors.
- Planung der Brandalarmierung für die Turnhalle.
- Planung einer Lüftungsanlage für einen Brennofenraum (Tonarbeiten).
- Brandschutztechnische Ertüchtigungen.
- Vorplanung zur kompletten Modernisierung eines Fachkabinetts, welches sich in einem sehr schlechten Zustand befinde.

**Herr Tkalec** bat um Klarstellung bezüglich der Kosten für die Fachkabinette in Höhe von 250.000 Euro. Es wurde angemerkt, dass es sich hierbei um zu 100 Prozent geförderte Projekte handele und die vorzufinanzierenden Mittel vom Land zurückerstattet würden.

**Frau Moritz** bestätigte dies und ergänzte, dass der entsprechende Beschluss bereits gefasst sei. Die Verwaltung befinde sich in der Vorentwurfs- sowie der HLS-Planung und könne mit der Umsetzung der kompletten Modernisierung beginnen.

### **Punkt 13.      Vorstellung der neuen Klimaschutzmanagerin und kurzer Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen im Klimaschutzkonzept**

**Frau Weber** stellte sich dem Ausschuss als neue Klimaschutzmanagerin vor und gab einen Überblick über ihren akademischen Werdegang sowie die bisherigen Aktivitäten im Rahmen ihrer zu 100 Prozent geförderten Stelle. Sie berichtete unter anderem über die Fertigstellung und Veröffentlichung des integrierten Klimaschutzkonzeptes, die durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit, diverse Veranstaltungen sowie die Gründung eines regionalen Klimaschutzmanager-Netzwerks.

Für das geplante Anschlussvorhaben, welches die Umsetzung von 17 Maßnahmen aus sechs Handlungsfeldern umfasse, skizzierte sie kurz-, mittel- und langfristige Ziele. Dazu gehörten geplante Informationsveranstaltungen zu Balkonkraftwerken, die Erarbeitung einer Dienstanweisung zur nachhaltigen Beschaffung, die Initiierung eines Klima-Stammtisches sowie die langfristige Einführung eines Energiemanagementsystems zur Reduzierung der Energieverbräuche und Kosten in den kreiseigenen Liegenschaften.

Auf die Nachfrage von **Herrn Büße** bezüglich eines eigenen Budgets für die Umsetzung der Maßnahmen erklärte **Frau Weber**, dass ihre Stelle im Anschlussvorhaben zu 60 Prozent gefördert werde und es zu ihren Kernaufgaben gehöre, fortlaufend weitere Fördermittel zu recherchieren und einzuwerben. Zudem setze man verstärkt auf niederschwellige und kostengünstige Maßnahmen.

**Herr Wolkenhaar** hinterfragte die dem Konzept zugrunde liegenden Worst-Case-Szenarien (RCP 8.5) und erkundigte sich, ob die Maßnahmen an realistischere Temperaturziele angepasst würden. **Frau Weber** führte aus, dass das Konzept bereits abgeschlossen sei und nun die Umsetzung der ausgewählten Maßnahmen zur Treibhausgasminderung im Fokus stehe, wobei kleinere Anpassungen möglich seien. Ergänzend teilte **Frau Danneberg** mit, dass der/die ab Oktober neu eingestellte Klimaanpassungsmanager/-in die veränderten Szenarien prüfen und bei der weiteren Strukturierung der Maßnahmen entsprechend berücksichtigen werde.

### **Punkt 14.      Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen**

Es lagen keine amtlichen Mitteilungen vor.

### **Punkt 15.      Behandlung öffentlicher Vorlagen**

#### **Punkt 15.1.      Neufassung der Allgemeinen Vorschrift und Zustimmung zur Kooperationsvereinbarung für den eigenwirtschaftlich ausgestalteten öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) Vorlage: BV/0247/2026**

**Frau Adam**, Fachbereichsleiterin für Ausländerangelegenheiten, Ordnung und Verkehr, brachte die Vorlage ein. Sie erläuterte, dass die Allgemeine Vorschrift hauptsächlich aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets angepasst werden müsse. Zudem werde der Abschluss einer Ko-

operationsvereinbarung ermöglicht, in der konkrete Inhalte und Regelungen mit dem ausführenden Verkehrsunternehmen, wie beispielsweise Tarife, Berechnungsverfahren, Informationspflichten sowie der Umgang mit unvorhersehbaren Umständen, detailliert festgelegt würden.

Auf Nachfrage von **Herrn Wolkenhaar** zu den finanziellen Auswirkungen der Neufassung stellte **Frau Adam** klar, dass es sich um eine formelle Regelung handle, die keine direkten finanziellen Auswirkungen für den Landkreis nach sich ziehe.

**Herr Tkalec** erkundigte sich nach einer Übersicht zu den Gewinnen und Verlusten des Verkehrsunternehmens sowie den Ausgleichszahlungen des Landkreises. **Frau Adam** erklärte hierzu, dass detaillierte Abrechnungspositionen des Unternehmens nicht an die Öffentlichkeit getragen würden. Die Berechnung der Ausgleichsleistungen des Landkreises sei jedoch in der Allgemeinen Vorschrift geregelt und könne bei Bedarf intern aufbereitet und dargestellt werden. **Herr Pesth** merkte ergänzend an, dass die Bilanzen des Unternehmens ohnehin veröffentlicht würden und man in diesem Rahmen nicht zu sehr ins Detail gehen solle.

Abschließende Fragen zur allgemeinen Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und zur Nutzung des Deutschlandtickets im Landkreis verwies **Frau Adam** auf den folgenden Tagesordnungspunkt zur Präsentation des neuen Nahverkehrsplans, in dem diese Themen ausführlich behandelt würden.

Die Vorlage BV/0247/2026 wurde einstimmig bestätigt.

## **Punkt 15.2. Nahverkehrsplan Landkreis Anhalt-Bitterfeld 2026 - 2036**

### **Vorlage: BV/0251/2026**

**Frau Adam** übergab das Wort an **Herrn Friedrich** vom beauftragten Planungsbüro VCDB, der den Entwurf des neuen Nahverkehrsplans vorstellte. **Herr Friedrich** erläuterte den Erstellungsprozess, welcher eine umfassende Bürgerbeteiligung sowie die Anhörung der Träger öffentlicher Belange beinhaltet habe. Er präsentierte die Rahmenkonzeption, die hierarchische Netzstruktur – bestehend aus Haupt-, Neben- und Ergänzungsnetz sowie flexiblen Bedienformen – und ging auf die definierten Qualitätsstandards zur Barrierefreiheit und Digitalisierung ein. Als wesentliche Maßnahmen nannte er unter anderem die Einführung der neuen Buslinie 480 zwischen Bitterfeld und Köthen, die Anbindung von Gewerbestandorten wie dem Technologiepark Mitteldeutschland sowie die Etablierung einer touristischen Linie im Bereich der Goitzsche. **Herr Wolkenhaar** erkundigte sich, inwieweit der demografische Wandel über den zehnjährigen Planungszeitraum berücksichtigt worden sei und ob regelmäßige Anpassungen des Angebots vorgesehen seien. **Herr Friedrich** führte aus, dass aktuelle Bevölkerungsprognosen in die Planung eingeflossen seien. Durch die geplante Ausstattung der Fahrzeuge mit automatischen Fahrgastzählssystemen könne die Verkehrsnachfrage künftig kontinuierlich evaluiert und das Verkehrsangebot bei Bedarf flexibel angepasst werden, ohne den gesamten Nahverkehrsplan ändern zu müssen.

**Herr Tkalec** regte an, die geplante PlusBus-Route zwischen Bitterfeld und Köthen über die Altstadt von Sandersdorf zu führen, um diese zusätzlich einzubinden. **Herr Friedrich** entgegnete, dass die PlusBus-Linien an strenge Fördervorgaben des Landes hinsichtlich der Fahrzeiten gebunden seien, um die systematischen Anschlüsse an den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Bitterfeld und Köthen zu gewährleisten. Eine abweichende Linienführung hätte diese Anschlüsse gefährdet. Sandersdorf werde jedoch weiterhin durch andere städtische und regionale Verkehrsangebote angemessen bedient.

Die Vorlage BV/0251/2026 wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

**Punkt 15.3.      Zuwendungen zur Sanierung und Instandsetzung von Kulturdenkmälern**  
**Vorlage: IV/0022/2026**

**Frau Nehl**, Fachdienstleiterin Bauplanung und Denkmalschutz, stellte die Informationsvorlage vor. Sie führte aus, dass für das Haushaltsjahr 2026 insgesamt 16 Anträge auf Zuwendungen eingegangen seien, von denen 14 die Fördervoraussetzungen erfüllten. Dem zur Verfügung stehenden Budget von 30.000 Euro stünden beantragte Fördermittel in Höhe von rund 158.744 Euro gegenüber. Um alle berücksichtigungsfähigen Anträge zu unterstützen, habe die Verwaltung einen proportionalen Verteilungsschlüssel angewandt. Anschließend präsentierte **Frau Nehl** die 14 vorgesehenen Förderprojekte und die jeweils errechneten Förderbeträge im Detail.

In der anschließenden Aussprache kritisierten mehrere Ausschussmitglieder die kleinteilige Verteilung der Mittel, die teilweise zu sehr geringen Förderbeträgen im niedrigen dreistelligen Bereich führe. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, die Mittel stattdessen auf wenige, regional verteilte Projekte (beispielsweise je 10.000 Euro für Vorhaben in den Bereichen Zerbst, Bitterfeld und Köthen) zu konzentrieren, um eine spürbare Unterstützung zu gewährleisten.

**Herr Ehrlich** regte an, bei der Vergabe das öffentliche Interesse stärker zu gewichten und öffentlich zugängliche Kulturgüter (wie das Schloss Zerbst) gegenüber privat genutzten Objekten (wie Verwaltungsgebäuden im Chemiepark) zu priorisieren. Ein weiteres Ausschussmitglied forderte, dass Anträge ohne erbrachten Nachweis der Gesamtfinanzierung (Eigen- und Fremdmittel) konsequent von der Förderung ausgeschlossen werden sollten.

**Herr Leps** gab zu bedenken, dass die Entscheidung über die Vergabe nach pflichtgemäßem Ermessen und rechtssicher erfolgen müsse. Der proportionale Verteilungsschlüssel sei gewählt worden, um rechtliche Angreifbarkeiten zu vermeiden. Eine alternative Vergabe nach Kriterien wie Denkmalwert, Gefährdung der Substanz oder öffentlicher Zugänglichkeit sei grundsätzlich möglich, müsse jedoch transparent und rechtssicher in den Arbeitsanweisungen begründet werden.

Da es sich um eine Informationsvorlage handelte, fand keine formelle Beschlussfassung statt. Der Ausschuss gab der Verwaltung als Stimmungsbild die unverbindliche Empfehlung mit, eine regionale Aufteilung sowie eine stärkere Gewichtung nach dem Denkmalwert zu prüfen und dies als Entscheidungsgrundlage für den Landrat vorzubereiten.

**Punkt 16.      Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**

**Herr Wolkenhaar** erkundigte sich nach möglichen Fördermitteln des Bundes und des Landes für Investitionsmaßnahmen im Bereich von Fahrrad- und Verkehrswegen, insbesondere bezüglich eines Sonderfonds für Radwege im ländlichen Raum. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Möglichkeit bestanden habe, entsprechende Maßnahmen nachzumelden, und ob der Landkreis solche Meldungen vorgenommen habe.

Dazu teilt **Herr Bender** mit, dass hierzu in der laufenden Sitzung keine Auskunft erteilt werden könne. Die Anfrage sei jedoch notiert worden, sodass eine Beantwortung zur nächsten Sitzung erfolgen werde.

Weitere Anfragen und Anregungen wurden nicht vorgebracht.

gez. Tischmeier  
stellv. Vorsitzender des Ausschusses Bau, Wirtschaft, Verkehr,  
Umwelt und Landwirtschaft

gez. Streuber  
Protokollantin